

WENN DIE SCHERE AUSEINANDER GEHT

Von Armut, Einkommen und Gerechtigkeit

Vor kurzem war ich in Lima. Ich durfte Sozialarbeiter in die Slums begleiten. Hunderttausende Menschen leben auf kargen Felsen. In Verschlägen aus Brettern, Blech, Plastik und Strohmatten. Ohne fließend Wasser oder Abwasser. Ohne Arbeit. Ohne Sozialhilfe.

Viele Kinder sind mangelernährt. Die Menschen betäuben sich mit Brei aus der Kokopflanze. So sieht Armut aus. Die Weltbank spricht von „absoluter“ oder „extremer Armut“, wenn das Einkommen für eine Person weniger als 1,25 US-Dollar am Tag beträgt. Anders gesagt: Wenn das Geld nicht zum Überleben reicht. Je nach Schätzungen leben bis zu einer Milliarde Menschen in extremer Armut. Mutet es da nicht zynisch an, in einem reichen Land wie Deutschland von Armut zu sprechen? Mag sein. Aber es kann genauso zynisch sein, die Probleme in einem wohlhabenden Land mit Blick auf die extrem Armen wegzuwischen und unsichere Lebenslagen in Deutschland zu ignorieren. Hier muss wohl eher das Jesus-Wort aus Matthäus 23,23 gelten, dass wir „das eine tun und das andere nicht lassen“ sollen.

In unseren Breiten spricht man von „relativer Armut“, wenn Menschen materiell und sozial deutlich schlechtere Chancen haben als andere. Wer weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens verdient, gilt als „von Armut bedroht“, wer weniger als die Hälfte bekommt, als „relativ arm“. 2015 lag die Armutsschwelle für eine alleinlebende Person bei 1.033 Euro im Monat. Allerdings steigt die Armutsgrenze mit dem allgemeinen Wohlstand. Die Prozentzahl sagt daher wenig über die tatsächlichen Chancen eines Menschen aus. Nach dieser Definition wäre unsere Familie lange Zeit arm gewesen. Von meinem Gehalt als Baptistenpastor lebten sieben Personen. Ich muss an den alten Gemeindegliedern denken: „Herr, halte deinen Diener demütig, arm halten wir ihn schon selber.“ Doch das Geld hat immer gereicht, wir konnten beschei-

den, aber anständig leben. Viele Gemeindeglieder mussten mit weniger auskommen. „Relative Armut“ ist also kein besonders gutes Kriterium, um die soziale Gerechtigkeit innerhalb einer Gesellschaft zu beschreiben.

Um nicht missverstanden zu werden: Auch in Deutschland leben nicht wenige Menschen in wirklich prekären Lebenssituationen. 4,4 Prozent der Bevölkerung waren im Jahr 2015 von erheblicher materieller Entbehrung betroffen (immerhin weniger als noch 2014, da waren es fünf Prozent). Sie waren nicht in der Lage, ihre Rechnungen für Miete, Hypotheken oder Versorgungsleistungen zu bezahlen, ihre Wohnungen angemessen zu beheizen oder eine einwöchige Urlaubsreise zu finanzieren.

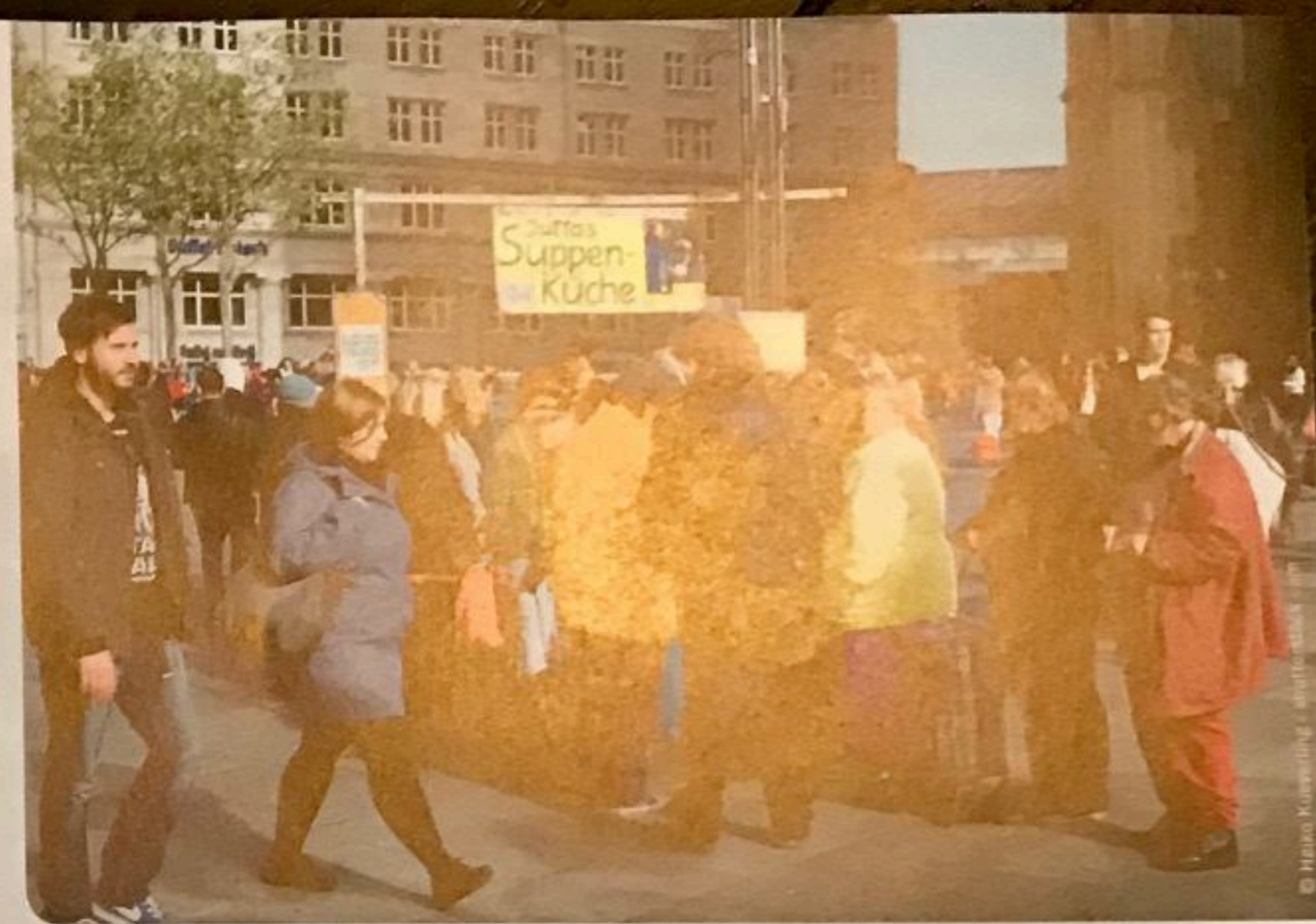
Ein anderer Indikator für soziale Gerechtigkeit ist die Entwicklung der Einkommen. Spätestens seit den 1990er Jahren hat sich der Begriff „Einkommensschere“ etabliert. Damals war deutlich zu erkennen: Die Schere zwischen hohen und niedrigen Einkommen ging immer weiter auseinander. Wie sieht es heute damit aus?

Es gibt eine gute und eine schlechte Nachricht. Während sich die Schere weltweit und auch im OECD-Raum weiter öffnet, hat sie sich in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren sogar leicht geschlossen. Nicht zuletzt durch die Einführung des Mindestlohns und die gute Entwicklung am Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote hat sich innerhalb eines Jahrzehnts nahezu halbiert, die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist mit über 44 Millionen auf einen Höchststand geklettert. Allerdings gilt diese positive Entwicklung nur für die Nettolöhne. Die Schere bei den Bruttolöhnen und den Vermögen hat sich weiter auseinander entwickelt. Auch die regionalen Unterschiede im Einkommen sind erheblich, zwischen Wolfsburg und Erzgebirgskreis liegen glatte 2000 Euro Differenz. Niedrige Bruttolöhne und geringes Vermögen wiederum lassen kaum Spielräume zur Vorsorge. Damit tut sich ein Problem auf, das die Politik lange ignoriert hat: Die drohende Altersarmut.

Nun stellt sich die Frage, wie die im Bundestag vertretenen Parteien den Problemen begegnen wollen. Ich versuche eine grobe Skizze:

Die CDU setzt auf eine stabile wirtschaftliche Entwicklung und will insbesondere älteren Menschen und Langzeitarbeitslosen den Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen, etwa durch eine Neuauflage des Programms „50plus“.

Die SPD plädiert für eine Anhebung des Mindestlohnes, setzt zusätzlich aber vor allem auf



Köln: Mahlzeiten für Obdachlose

höhere Abschlüsse der Tariflohnpartner, damit die Arbeitnehmer angemessen vom wirtschaftlichen Aufschwung profitieren.

Die Grünen legen einen Schwerpunkt auf die Kommunalpolitik. Indem Städte und Gemeinden gestärkt werden, können sie ihre Infrastruktur erhalten und damit die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen.

Die FDP bringt ein „liberales Bürgergeld“ ins Spiel, in welchem alle Sozialleistungen zusammengefasst werden. Wie das Steuersystem soll es Transparenz und zielgerichtete Leistungen ermöglichen.

Die Linke setzt auf Umverteilung durch ein verändertes Steuersystem und Reformen der sozialen Sicherungssysteme. Sie fordert außerdem eine Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf zwölf Euro.

Die Bedeutung von Bildung betonen Linke, Grüne, SPD, FDP und CDU gemeinsam. Die Bildungschancen für Schüler sollen verbessert, neue Qualifikationsmaßnahmen für Arbeitslose

aufgelegt werden. Auch bei der Integration von Flüchtlingen legen sie die jeweiligen Schwerpunkte auf Bildung.

Die AfD macht u.a. die Europa- und Migrationspolitik für die Armut verantwortlich. Lösungsansätze sieht sie in der Förderung von Familien. Auch plädiert sie für eine Einführung der Bürgerarbeit.

Unabhängig von der politischen Bewertung dieser Ansätze wird deutlich, dass die Themen Einkommensschere und (Alter-) Armut bei der Politik angekommen sind. Schnittmengen bei den Lösungsansätzen zeichnen sich ab. Aber es gibt noch viel zu tun. Als Christen steht es uns dabei gut zu Gesicht, auch politisch unsere Stimme für Gerechtigkeit zu erheben.

Noch einmal zurück nach Lima. Ich denke, man kann, ja muss relative und absolute Armut zusammen denken. Denn (nur) wer genügend zum Leben hat, der kann auch großzügig abgeben.



Uwe Heimowski ist Beauftragter der Deutschen Evangelischen Allianz am Sitz der Bundesregierung



Ein Slum in Lima/Peru: Hier fehlt das Nötigste zum Leben



Auch in Deutschland geht die Schere auseinander